

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 26/3 (1999)

DOI: 10.11588/fr.1999.3.47912

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Staatsratsvorsitzenden der DDR, Willi Stoph, in Bonn ein, der im Bundeskanzleramt erstmals auch angenommen wurde und einen offiziellen deutsch-deutschen Dialog einzuleiten schien; im August traf Brandt den rumänischen Staatspräsidenten Nicolae Ceaușescu am Schwarzen Meer und stellte überraschende Übereinstimmung in der Frage einer Beendigung des Ost-West-Konflikts fest; im Januar 1968 wurden schließlich die 1957 abgebrochenen Beziehungen zu Jugoslawien wieder aufgenommen. Danach stockte die westdeutsche Ostpolitik allerdings, weil es der DDR mittlerweile mit Hilfe der Sowjetunion gelungen war, die übrigen östlichen Satellitenstaaten darauf zu verpflichten, einen weiteren Ausbau ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik von deren Anerkennung der deutschen Teilung sowie der Oder-Neiße-Grenze abhängig machen. Damit wurden nun auch die ost- und deutschlandpolitischen Divergenzen in der »Großen Koalition« offenbar: Während Kiesinger, gestützt durch CDU und CSU, die geforderten Konzessionen in Bausch und Bogen ablehnte, wollte Wehner den gerade aufgenommenen Kontakt zur DDR keinesfalls abreißen lassen und plädierte daher wie Brandt für Entgegenkommen. Dieser außenpolitische Zwist wurde bald zusätzlich angeheizt durch innenpolitische Auseinandersetzungen, mit denen sich die Koalitionspartner im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen profilieren wollten. Folglich waren die Gemeinsamkeiten der »Großen Koalition« faktisch bereits im Frühjahr 1968 aufgebraucht. Das Ende der Koalition war absehbar und wurde in der Wahlnacht vom 28./29. 9. 1969 lediglich endgültig besiegelt. Für Kroegel hat Kiesinger trotz seines Scheiterns mit seiner Ost- und Deutschlandpolitik letztlich recht behalten, denn 1989/90 ermöglichte erst die sowjetische Zustimmung die Wende in der DDR sowie die Wiederherstellung der deutschen Einheit. So bedenkenswert diese Überlegung ist, bleibt doch die Frage, ob der ostdeutsche Wunsch nach Wiedervereinigung nicht auch aus dem deutsch-deutschen Beziehungsgeflecht resultierte, das in den Jahrzehnten vorher geknüpft worden war.

Reiner MARCOWITZ, Dresden

Gottfried NIEDHART, Detlef JUNKER, Michael W. RICHTER (Hg.), Deutschland in Europa. Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert, Mannheim (Palatium Verlag) 1997, XI–402 S.

Überraschend und relativ unvorbereitet sind die Deutschen nach dem Kollaps des Sowjetimperiums als handelnde Akteure auf die Bühne der europäischen Staatenpolitik zurückgekehrt, die sie 1945 anscheinend für immer verlassen hatten. Erneut stellt sich damit die Frage nach der Verträglichkeit der Existenz eines deutschen Nationalstaates mit dem europäischen Staatensystem. Wird das vereinte Deutschland die von der »alten« Bundesrepublik so vorteilhaft ausgeübte Kultur der Zurückhaltung beibehalten können oder aus innen- und außenpolitischen Zwängen heraus der Versuchung erliegen, den Status einer »normalen« und damit auch gleichberechtigten Macht einzufordern? Gefährdet oder stabilisiert Deutschland die nach der Auflösung des bipolaren Machtsystems entstehende neue Staatenordnung? Geographisch an der Nahtstelle zwischen West- und Osteuropa gelegen, wird es zur Herausforderung deutscher Staatskunst, scheinbar unvereinbare Dinge miteinander zu verbinden. Auf der einen Seite soll Deutschland Stabilität nach Osten und Südosten exportieren und damit seinen Einfluß ausweiten, auf der anderen Seite soll es gerade nicht zu stark werden, um das prekäre Gleichgewicht in Westeuropa nicht zu gefährden. Der historische Vergleich mit Bismarcks Spiel der »fünf Bälle«, das seine Nachfolger zum Schaden Deutschlands und Europas aufgaben, drängt sich auf.

Die Historiker, Politikwissenschaftler und Vertreter aus Diplomatie und Wirtschaft, die sich vom 22.–25. März 1995 zu einer vom Historischen Seminar der Universität Mannheim und dem Deutschen Historischen Institut Washington ausgerichteten internationalen Kon-

ferenz in Mannheim zusammenfanden, um über das Spannungsverhältnis von nationalen deutschen Interessen und europäischer Ordnung im 20. Jh. zu debattieren, haben eine andere Perspektive gewählt. Drei historische Konstellationen – Locarno, die neue »Ostpolitik« seit 1969 und das deutsche Verhalten seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes 1989/90 – sollten aus deutscher Sicht bzw. aus dem Blickwinkel der Nachbarstaaten und der Weltmächte vergleichend untersucht werden. Dieser Ansatz erweist sich allerdings nur bedingt als tragfähig. Der in zahlreichen Beiträgen wiederkehrende Blick auf die Gemeinsamkeiten in der *Methode* außenpolitischen Handelns zwischen Stresemann und seinen Nachfolgern in der Bundesrepublik Deutschland – Kooperation, Bereitschaft zur Integration, Multilateralismus, Perzeption der Interessen anderer Staaten – übersieht zu leicht die grundlegenden Differenzen zwischen den außenpolitischen *Zielen* der Weimarer Republik und der Bundesrepublik. Adenauers außenpolitische »Revolution« bestand ja gerade darin, die auch von Stresemann angestrebte Rolle einer unabhängig und souverän zwischen Ost und West agierenden Großmacht zugunsten der außenpolitischen und kulturellen Westintegration aufgeben zu haben. Zur Definition der nationalen Interessen eines Landes, wie sie von Christian Hacke für Deutschland vorgenommen wird, gehören ja neben dem außenpolitischen Stil die ungleich gewichtigeren Fragen von politischer, wirtschaftlicher und militärischer Macht, Sicherheit, Einfluß, Dominanz und Unterordnung, ja von Hegemonie und Gleichgewicht. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die internationalen Rahmenbedingungen, die zur Locarno-Politik Stresemanns führten, aber auch ihr Scheitern bewirkten, jedoch grundsätzlich von der Epoche nach 1945.

Die Beiträge von Clemens WURM und Axel SAUDER verweisen auf das kaum lösbare Dilemma, in dem sich die deutsch-französischen Beziehungen nach der Vereinigung befinden. Ziel der französischen Europapolitik war und bleibt demnach die Kontrolle Deutschlands durch Integration, nicht etwa die Herausbildung gesamteuropäischer Interessen oder Institutionen. Die französische Vorrangstellung gegenüber Deutschland und damit den bestehenden Status quo in Europa gilt es zu wahren, deutsche Machtgewinne sollen durch die vertiefte Einbindung Bonns in europäische Strukturen ausbalanciert werden, allerdings möglichst nicht auf Kosten einer Beeinträchtigung der eigenen Souveränität oder Handlungsfreiheit. Das nach dem Umbruch der Jahre von 1989 bis 1991 zunehmende deutsche Drängen auf rasche Fortschritte in der europäischen Integration, um dem Rückfall in nationalstaatliche Kategorien vorzubeugen und eine Selbstbegrenzung deutscher Macht zu gewährleisten, wird von Paris daher paradoxerweise als Versuch interpretiert, auf diesem Weg nicht nur die deutsche Gleichberechtigung listig durchzusetzen, sondern indirekt erneut nach der Vormacht in Europa zu greifen. Ähnliche Befürchtungen prägen die britische Europapolitik, die leider eher am Rande behandelt wird. Premierminister Macmillan stand schon in den fünfziger Jahren dem Projekt der EWG und dem französischen Vorhaben, die Deutschen durch Zusammenarbeit zu zähmen, skeptisch gegenüber, da es aus seiner Sicht langfristig zur Dominanz der Deutschen in Europa führen würde. Seine Nachfolgerin in den achtziger Jahren, Margaret Thatcher, würde ihm darin sicherlich zugestimmt haben. Die Lösung der »deutschen Frage« durch die Errichtung einer Politischen Union ist daher ungeachtet aller rhetorischen Bekundungen wenig wahrscheinlich.

Was folgt daraus für die Formulierung der Außenpolitik des vereinten Deutschland? Eine falsche Perzeption der Prinzipien französischer Europapolitik kann zu bedenklichen Illusionen auf deutscher Seite führen. Deutschland darf sein historisch verständliches Interesse an der europäischen Integration und post-nationalen Strukturen nicht zum Maßstab für die übrigen EU-Länder erheben. In der Europapolitik wird auch das vereinte Deutschland einseitige »Vorleistungen« an Souveränitätsverzicht erbringen müssen (Währungsunion), ohne auf entsprechende Gegenleistungen seiner Partner rechnen zu können (gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik). In einem Europa, in dem eine Renaissance des Nationalen unverkennbar ist, wird es daher eine »Sonderrolle« spielen und den Wunsch nach Gleichberechti-

gung zurückstellen müssen, wenn es die Grundlagen der deutsch-französischen Beziehungen nicht gefährden will. Im deutschen Interesse liegt es daher auch, jeden Verdacht einer Neuauflage der »Rapallo-Tradition« auszuschließen und die politische Öffnung gegenüber Ost- und Südosteuropa nur gemeinsam mit Paris voranzutreiben. Diese Lehre aus der Geschichte zu ziehen und machtpolitischen Versuchungen sowie Überforderungen auf dem Kontinent – erst recht außerhalb Europas – zu widerstehen, entspricht den deutschen Interessen und ist nicht mit Machtvergessenheit zu verwechseln. Eine derartige politische Rolle Deutschlands kommt der Funktion eines »Konziliators« schon recht nahe, wie sie in dem Beitrag von Michael W. RICHTER theoretisch skizziert wird. Dennoch wird die Tendenz Frankreichs und vor allem Großbritanniens, parallel zur europäischen Integration auch verstärkt Gegengewichte zur Austarierung der gewachsenen deutschen Macht zu errichten, eher zunehmen. Um so wichtiger wird es für Deutschland sein, die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa als unverzichtbare Hegemonialmacht zu erhalten, um einen Rückfall in die machtpolitischen Rivalitäten der Zwischenkriegszeit zu verhindern. Darauf verweist neben Manfred BERGS Beitrag über die amerikanische Haltung zur Locarno-Politik vor allem die Analyse Philip ZELIKOWS über die ausschlaggebende Rolle Washingtons in den komplizierten Verhandlungen, die 1989 und 1990 die Tür zur deutschen Vereinigung gegen die Bedenken Frankreichs, Großbritanniens und der damaligen Sowjetunion öffneten.

Rainer LAHME, Büchlberg

ERNST WEISENFELD, Geschichte Frankreichs seit 1945. Von de Gaulle bis zur Gegenwart, München (C. H. Beck) 31997, 389 S. (Beck'sche Reihe, 1207).

Die dritte Auflage von Weisenfelds erstmals 1980 erschienenem »Klassiker« reicht nunmehr thematisch bis zur Mitte der neunziger Jahre. Ihre früheren Teile sind kaum angestastet worden, so daß sie ihre Vorzüge und Grenzen behalten: knappe, von eigenem Erleben profitierende Schilderung, gleichwertige Berücksichtigung von Innen- und Außenpolitik zur soliden Orientierung und weitgehende Verlässlichkeit sind Aktiva; ihnen stehen ein eher schlichter Stil, journalistische Neigung zum Vereinfachen und Entpersonalisieren, ein fehlender wissenschaftlicher Apparat und Ausklammerung von Kultur und Kunst entgegen. Gelegentlich in den Text eingestreute Kurzhinweise auf Literatur sind eher störend als hilfreich.

Das Werk ist zur grundlegenden Information über die Nachkriegsgeschichte Frankreichs unverzichtbar. Nicht alle Themen sind in zufriedenstellender Form behandelt; bisweilen ist die Kargheit der Angaben etwas zu spartanisch ausgefallen. Das gilt beispielsweise für die Römischen Verträge von 1957, bei denen die Interessenlage Frankreichs nicht erörtert wird, und die EVG, die das Land so nachhaltig erschütterte, daß dies schon einige Zeilen mehr verdient gehabt hätte. Der Streit um die Privatschulen oder die Finanz- und Staatskrise der IV. Republik werden kaum angestrahlt, geschweige denn beleuchtet. Dies wäre aber auch für den deutschen Leser nötig gewesen, der über die recht ausführlich dargelegte Kolonialpolitik sicherlich nicht mehr weiß als über die Regierungen Mayer oder Mendès France. Der Autor gönnt der Dekade bis zum Untergang der IV. Republik nur eine Skizze, die selbst den genügsamsten Leser nicht unbedingt befriedigen kann.

Das Jahrzehnt de Gaulles, die noch nicht aktenmäßig erforschte Regierungszeit Mitterrands und die Anfänge der Ära Chirac werden hingegen mit dem für Weisenfeld charakteristischen ruhigen, abwägenden und kenntnisreichen Blick des näheren präsentiert. Dieser Frankreichspezialist zeichnet sich dadurch aus, ein unbestechlicher und maßvoll urteilender Betrachter zu sein. Mag das Buch für die Außen- und Innenpolitik der fünfziger und stellenweise auch der sechziger Jahre etwas zu oberflächlich geraten sein, so ist es für die drei jüngsten Jahrzehnte ein zuverlässiger und vertrauenswürdiger Führer. Dies schlägt sich auch